

Umarmt euch nicht!

Fünf bürgerliche Jungparteien schliessen sich im Kampf gegen das Coronavirus zusammen. Sie fordern die Jugend auf, vernünftig zu sein und die Corona-Regeln zu befolgen.

Janine Hosp

BERN Der Appell kommt rechtzeitig zum Wochenende. Er kommt, bevor die Jungen in den Ausgang gehen, sich umarmen, küssen und sich nahe kommen. Er lässt sich auf drei Wörter reduzieren: «Tut es nicht!» Schüttelt keine Hände, umarmt niemanden, haltet Abstand. Bleibt zu Hause, wenn ihr hustet und fiebrig seid. Und: Aktiviert die Covid-19-App.

Dieser Appell kommt nicht vom Bundesrat und auch von keinem Kantonsrat. Er kommt von den Jungparteien von FDP, CVP, GLP, BDP und EVP. Sie wollen damit aufzeigen, wie

«Wenn wir einen zweiten Lockdown verhindern wollen, dann braucht es die Mithilfe aller.»

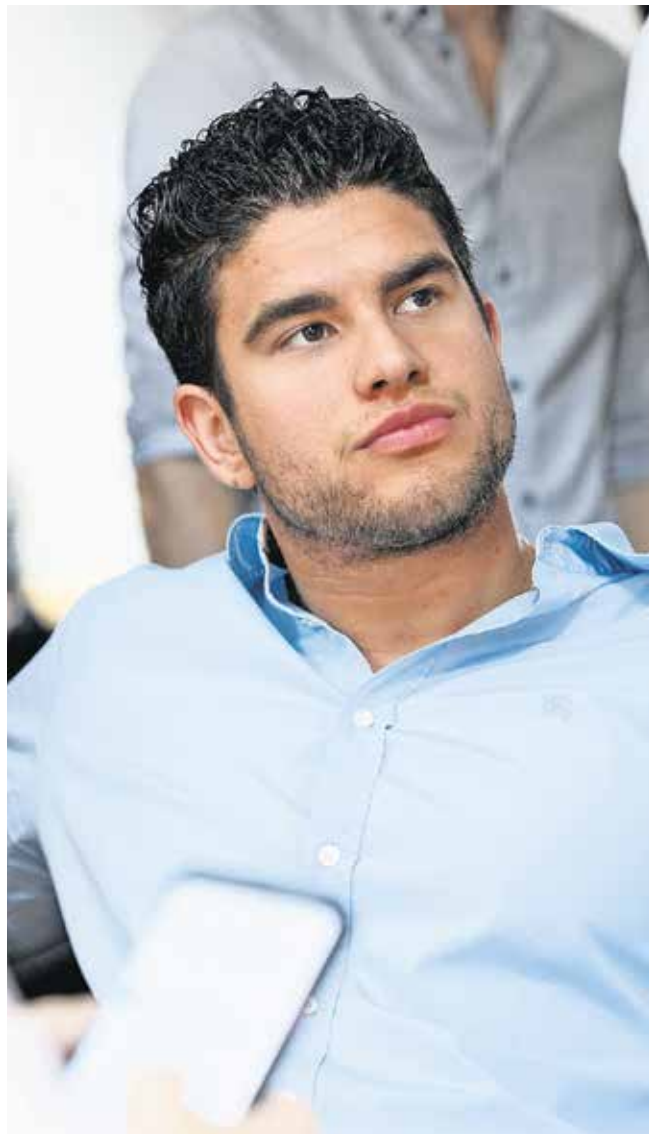
Sarah Bünter
Präsidentin JCVP Schweiz

ernst die Situation zurzeit ist und wie wichtig es gerade auch für die Jungen ist, die Corona-Regeln zu befolgen. «Wenn wir einen zweiten Lockdown verhindern wollen, dann braucht es die Mithilfe aller», sagt Sarah Bünter, Präsidentin JCVP Schweiz.

Wie sie beobachtet, waren viele Jugendliche bis zum letzten Sonntag, bis zur Notfallsitzung des Bundesrats, noch sehr unbekümmert. Manche glaubten etwa, sie könnten sich zur Begrüssung umarmen, wenn sie nur eine Maske tragen. In BünTERS Freundeskreis haben sich etliche angesteckt. Da sie aber keine Symptome hatten, hatten sie es erst nicht bemerkt und auch ihr Verhalten nicht angepasst. «Den Jungen, die oft unterwegs sind, kommt deshalb eine besondere Verantwortung zu», sagt sie.

Sozialer Austausch wichtig

Die Idee zum Appell hatte Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen. Als er den Video-Hilferuf des vollen Spitals in Schwyz sah, fragte er sich: «Was können wir Jungparteien tun?»



Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen.

Bild Keystone

«Wenn wir die Jugendlichen auffordern, die Corona-Regeln einzuhalten, ist dies glaubwürdiger, als wenn es der Bundesrat tut», sagt er. Wenn dieser von Verantwortung und Vernunft spreche, hörten es die Jungen wohl. Aber in dieser Tonalität hole man keinen einzigen Jungen ab, der seit Monaten unter Freiheitsentzug leide und je nach Wohnort weder ins Kino noch an ein Fussballspiel gehen könne.

Schliesslich geht es den Jungpolitikern gleich wie ihnen. Als Doktorand sitzt Matthias Müller oft allein zu Hause und arbeitet. Umso wichtiger ist es für ihn, dass er ins Gym, ins Fitness, gehen kann, wo er Freunde trifft und mit ihnen «pumpt». «Dieser soziale Austausch ist für uns alle

wichtig, und wenn das nicht möglich ist, dann fehlt etwas Wichtiges.»

Im Gespräch fällt immer wieder ein Wort, das eigentlich linkes Vokabular ist: Solidarität. «Jetzt müssen wir Jungen verzichten, um den Älteren nicht zu schaden», sagt Sarah Bünter dazu. Schliesslich seien auch sie auf die Älteren und auf eine funktionierende Wirtschaft angewiesen. Viele Junge hätten bereits ihre Stelle verloren und merken, dass es nicht mehr so einfach sei, eine neue zu finden. Sie selber jobbt nebenbei in einer Bar. Dort zeigen sich die Folgen der Krise klar: Es kommen immer weniger Gäste, der Umsatz schrumpft, und es bleibt weniger Geld, um die Löhne zu bezahlen.



Sarah Bünter, die Präsidentin der Jungpartei der CVP.

Bild zvg

Auch Sarah Bünter sagt, dass sie verzichtet: Ihr Vater gehört zur Risikogruppe, deshalb geht sie schon länger «möglichst wenig» an Konzerte, trifft sich nur noch im kleinen Freundeskreis und trug schon Maske, als sie deswegen schief angeschaut wurde.

Eine Jobgarantie vom Staat

Einige Jungparteien fehlen allerdings beim Appell. Die Junge SVP, die sich wegen des Datenschutzes am Aufruf störte, die Covid-19-App zu aktivieren.

Und die linken Jungparteien. «Wir können das Problem nicht mit einem Appell an die Eigenverantwortung lösen», begründet Juso-Präsidentin Ronja Jansen ihr Abseitsstehen. Sie stört sich grundsätz-

lich daran, dass die Verantwortung an Privatpersonen überbürdet und der Staat aus der Pflicht entlassen werden soll. Die Juso wollen vielmehr jene zur Kasse bitten, die von der Krise profitierten, was auf zusätzliche Steuern hinausläuft. Zudem fordern sie eine Jobgarantie vom Staat. Arbeit gebe es genug, sagt Ronja Jansen, gerade im Gesundheits- oder Umweltbereich.

Bereits arbeiten die fünf bürgerlichen Jungparteien an einer Folgeaktion, an einem Video, in dem jeder Jungpräsident ein Statement abgibt, wie Matthias Müller sagt. Was sie mit ihrer Aktion bewirken, können sie schwer abschätzen. Sicher ist aber: «Zusammen erreichen wir über die sozialen Medien Tausende.»

Die Zahl der Asylgesuche ist stark rückläufig

BERN 753 Asylgesuche sind in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres bei den Schweizer Behörden eingereicht worden. Im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode entspricht das einem Rückgang von 27,7 Prozent. Das ist der Asylstatistik des Staatssekretariats für Migration zu entnehmen, die gestern publiziert wurde. Der starke Rückgang ist vor allem mit der Corona-Pandemie und den Grenzschliessungen im Frühling zu erklären. Die Pandemie habe zu einer Zäsur der Asilmigration geführt, heisst es in der kommentierten Asylstatistik. sda

Mehr Schutz für Arbeitende im Homeoffice

BERN Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) fordert wegen des stark gestiegenen Stellenwerts der Arbeit im Homeoffice eine Gesetzesanpassung. Der Schutz der Arbeitnehmenden im Homeoffice müsse dringend gesetzlich verankert werden. In der Schweiz gebe es diesbezüglich – anders als in umliegenden Ländern – gesetzliche Lücken, teilte der SGB mit. Es gebe nur vereinzelt Regelungen zur sogenannten Telearbeit in Wirtschaftszweigen mit einem Gesamtarbeitsvertrag. Aus Sicht des SGB könnte das Heimarbeitsgesetz angepasst werden. sda

Lebensmittel sollen besser deklariert werden

BERN Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats will die Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden bei pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen verbessern. Die Kommission hat eine entsprechende Motion eingereicht. Die Motion fordert eine obligatorische Deklaration der Herstellungsmethoden von Nahrungsmitteln, die in der Schweiz verboten sind. Um die Kundentransparenz zu verbessern, sollen Produktionsart und Herkunft künftig klar ersichtlicher sein. sda

Grosse Hoffnung, beschränkte Wirkung

Die USA haben das Anti-Covid-Medikament Remdesivir zugelassen. Schweizer Infektiologen sind skeptisch, was die Wirkung angeht.

Claudia Blumer

BERN Das Anti-Virus-Medikament Remdesivir galt als Waffe gegen Ebola, und nun ist es die grosse Hoffnung im Kampf gegen Corona. Und deshalb geht es schnell. Das vom kalifornischen Biopharma-Unternehmen Gilead entwickelte Medikament wurde im Februar dieses Jahres erstmals an Covid-Patienten getestet, im Mai wurde es in den USA provisorisch erlaubt. Auch Präsident Donald Trump soll während seiner Covid-Erkrankung mit Remdesivir behandelt worden sein. Am Donnerstag hat die amerikanische Heilmittelbehörde das Medikament defini-

tiv zugelassen. Damit gehen die USA voraus. Doch auch in Europa ist Remdesivir in Gebrauch. In der Schweiz darf das Mittel seit Juli 2020 auch ausserhalb klinischer Studien eingesetzt werden, vorerst nur in Spitälern – gestützt auf die Covid-19-Verordnung 3 auch ohne definitive Zulassung. Swissmedic hat ein beschleunigtes Zulassungsverfahren eingeleitet. Bis wann es dauert, ist offen.

Schweiz: 550 Behandlungen

In diesen knapp vier Monaten wurden schweizweit über 550 Patienten mit Remdesivir behandelt, wie Manuel Battégay, Chefarzt Infektiologie und

Spitalhygiene des Universitätsspitals Basel, sagt. Die Remdesivir-Therapie dauert fünf Tage, das Medikament wird intravenös verabreicht. Voraussetzung für eine Therapie sind die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) unter Mithilfe von Experten aus Infektiologie und Intensivmedizin definierten Kriterien: Wenn die Infektion mit Corona nachgewiesen ist, der Patient eine Lungenentzündung hat und wenn er zusätzlichen Sauerstoff braucht – allerdings noch nicht künstlich beatmet wird. Denn dann ist es schon zu spät.

Bisherige Erfahrungen mit Remdesivir zeigen, dass es im späten Stadium, also bei

Schwerstkranken, nichts mehr nützt. Es muss im frühen Stadium eingesetzt werden, wenn der Patient infiziert ist und Symptome hat. Darin liegt die Schwierigkeit: Im frühen Stadium ist oft nicht absehbar, wie sich die Krankheit entwickelt und ob sie ohne Medikament schlimmer oder im Gegenteil von allein wieder abklingen würde. Bisherige Studien zeigen bei ungezieltem Einsatz keinen Einfluss auf die Sterblichkeit. Eine Untergruppenanalyse einer US-Studie deutet jedoch daraufhin, dass beim Einsatz im frühen Stadium der Erkrankung die Sterblichkeit um bis zu 70 Prozent sinken könnte. Auch, dass die Hospi-

talisationsdauer von 15 auf zehn Tage sinkt. Doch diese Resultate seien mit Vorsicht zu geniessen, sagen Experten in der Schweiz. Die Unschärfe der Daten ist laut Manuel Battégay teilweise relativ gross.

Am Universitätsspital Basel wird Remdesivir jenen Covid-Patienten verabreicht, welche die Kriterien erfüllen und dieser Therapie zustimmen. Etwas zurückhaltender ist man im Insepspital Bern, wie Hansjakob Furrer, Chef der Klinik für Infektiologie, sagt. «Wir geben es jenen Patienten, die sich im frühen Stadium der Infektion befinden und die Sauerstoffmangel haben.» Die Kosten von rund 2500 Franken pro Therapie (die

sechs Ampullen kosten je 399 Franken, hinzu kommen Versandkosten) sind nicht exorbitant, aber doch so teuer, dass eine flächendeckende Anwendung bei nicht nachgewiesener Wirkung nicht sinnvoll erscheint. Die Krankenkassen kommen für die Kosten auf, auch dies gestützt auf Covid-19-Bestimmungen. Die Beschaffung von Remdesivir ist administrativ aufwendig, und es herrscht Knappheit, wie das BAG auf seiner Website schreibt. Der Bund bemühe sich aber, in Zusammenarbeit mit dem Hersteller Gilead und medizinischen Fachgesellschaften eine gerechte Versorgung der Patienten zu gewährleisten.